

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

EDITORIAL

- 2 Martin Dörmann zu Koalitionsdebatten im Fünf-Parteien-System

HOMEPAGE

- 3 Neu eingestellt: Jahrbuch und Register 2007 sowie Info-Broschüre 2008

WAHLKREIS

- 3 Frühjahrsempfang der SPD Porz/Poll mit Martin Schulz
- 3 Ulla Schmidt und Peer Steinbrück kommen zu den SPD-Frühjahresempfängen im April
- 4 Die drei Bürgerbüros in neuem Glanz
- 4 Öffnungszeiten der Bürgerbüros im Wahlkreis

KÖLN

- 4 Viel Zuspruch bei der Neueröffnung des SPD-Parteihauses Köln – Eppler, Hendricks und hunderte Mitglieder kamen in das „Hans-Jürgen Wischnewski Haus“
- 5 Fotoimpressionen von der Eröffnungsfeier
- 6 Rede der SPD-Schatzmeisterin Dr. Barbara Hendricks zur Historie des Hauses
- 8 Gastbeitrag von Steffen Reiche, MdB: Was mich mit dem Kölner Parteihaus verbindet
- 10 Biografische Daten zum Namensgeber Hans-Jürgen Wischnewski

BUNDESTAG

- 11 Arbeitslosengeld I verlängert
- 11 Jahreswirtschaftsbericht 2008
- 14 Gastbeitrag von Hans-Peter Bartels, MdB: Die SPD und die fünfte Partei
- 16 Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“
- 17 Änderung des Gentechnikrechts

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 18 Vorgestellt: Erhard Eppler

INFOS UND IMPRESSUM

- 19 Sitzungswochen 2008, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Bildnachweis, Impressum

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 27.2.2008



Das „Hans-Jürgen Wischnewski Haus“ in der Magnusstraße: die komplett umgebaute Heimstätte der KölnSPD mit neuer Außenfassade. (Beiträge zur Eröffnung ab Seite 4)

Koalitionsdebatten im Fünf-Parteien-System

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Einzug der **Linkspartei** in die **Landesparlamente** von Niedersachsen, Hessen und Hamburg scheint klar, dass wir in Deutschland auf absehbare Zeit mit einem **Fünf-Parteien-System** rechnen müssen. Berücksichtigt man die CSU gesondert, sind es sogar 6 Parteien.

Traditionelle Zweierkoalitionen reichen immer seltener. Dies wird Regierungsbildungen zunehmend erschweren und gleichzeitig **neue Bündnisse denkbar** werden lassen. Spannende Debatten stehen uns ins Haus. Denn auf Dauer kann es keine Partei befriedigen, wenn sich das **Modell der Großen Koalition** quasi zwangsläufig und alternativlos auf immer mehr Länder ausdehnt. Die großen Parteien verlieren dadurch tendenziell an Zustimmung, die kleinen an Möglichkeiten zur Regierungsbeteiligung. Deshalb schauen alle nach neuen Optionen.

Die ersten Auswirkungen sehen wir in **Hamburg**, wo eine **schwarz-grüne Koalition** plötzlich nicht mehr unwahrscheinlich erscheint.

Auch in **Hessen** werden neue Konstellationen diskutiert. Leider verweigert sich die in Abhängigkeit zur CDU gefesselte FDP einer **Ampel-Koalition**, um Koch abzulösen. Es erweist sich gerade im Fünf-Parteien-System für die Mehrheitsbildung als höchst problematisch, wenn sich die demokratischen Parteien wechselseitig vor der Wahl darauf festlegen, mit bestimmten Parteien unter gar keinen Umständen zu koalieren. Dies kann zu **politischer Blockade** führen.

Aus SPD-Sicht steht derzeit die Frage im Mittelpunkt: **wie halten wir es mit der Linkspartei?** (Hinweis: hierzu auch der lesenswerte Artikel von Hans-Peter Bartels auf Seite 14.)

Im **Osten** ist die Frage beantwortet: Dort gab es bereits in drei Ländern eine Zusammenarbeit, derzeit als Koalition in Berlin. Weil die Linkspartei dort eine Volkspartei und bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und auch unbequeme Entscheidungen mitzutragen.

Im **Westen** der Republik ist die Linkspartei anders gestrickt. Personell rekrutiert sie sich aus ganz unterschiedlichen Quellen, von enttäuschten Sozialdemokraten über Protestgruppen bis hin zu fundamentalistischen Kommunisten. Insgesamt bislang noch ein Haufen, der kaum berechenbar ist. Deshalb ist eine Regierungszusammenarbeit mit der Linkspartei im Westen vorerst **keine realistische Option** für die SPD.

Dennoch kann man für die Zukunft nicht aus-

schließen, dass sich die Linkspartei wandelt. Dann wird man auf der Landesebene in jedem Einzelfall prüfen müssen, ob eine **Zusammenarbeit** zwischen SPD und Linkspartei inhaltlich und personell eine verantwortbare **Alternative** darstellt, wenn eine Große Koalition nur so vermieden werden kann. Auch um die Linkspartei als reine Protestpartei zu entzaubern und so mittelfristig wieder kleiner werden zu lassen. Man wird diesen **Teil demokratischer Wählerinnen und Wähler** nicht prinzipiell für immer ausgrenzen können.

Voraussetzung wäre allerdings, dass die jeweils handelnden Personen der Linkspartei verlässlich sind und bessere Alternativen nicht zur Verfügung stehen. Das kann nur in den Ländern selbst entschieden werden.

Eins ist dabei für mich klar: **Glaubwürdigkeit** hat oberste Priorität. Jeder Schritt muss für die Wählerinnen und Wähler nach-

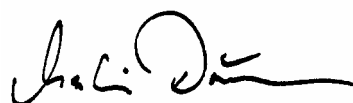
vollziehbar sein. Wo es **vor Wahlen** eine eindeutige **Festlegung** gegen eine Zusammenarbeit gegeben hat, muss man nachher selbstverständlich zu seinem Wort stehen. Dies gilt auch in Hessen.

Im **Bund** sehe ich gemessen an den oben genannten Kriterien auf absehbare Zeit keine Bündnismöglichkeit mit der Linkspartei. Denn sie verweigert sich dort unter **Oskar Lafontaine** ganz bewusst einer verantwortlichen Politik. Stattdessen schürt sie aus taktischem Kalkül Protestverhalten und pflegt eine reine **Oppositionshaltung**. Sie mag in vielem sozial Wünschbarem der SPD-Programmatik nahe stehen. Politik, die für die Menschen wirklich etwas erreichen will, muss aber immer auch das finanziell und ökonomisch Machbare im Auge behalten. Insofern fehlt es der Linkspartei an tragfähigen Konzepten, zudem an außenpolitischer Zuverlässigkeit.

Die SPD muss eine klare Haltung zur Linkspartei beziehen. Es bleibt gleichzeitig unser vorrangiges Ziel, die Menschen von unseren eigenen Positionen zu überzeugen und dabei die **solidarische Mehrheit** unserer Gesellschaft zu erreichen. Schließlich stehen nur wir für eine glaubwürdige Politik, die **soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit** und **wirtschaftliche Vernunft** miteinander verbindet.

Herzlichst

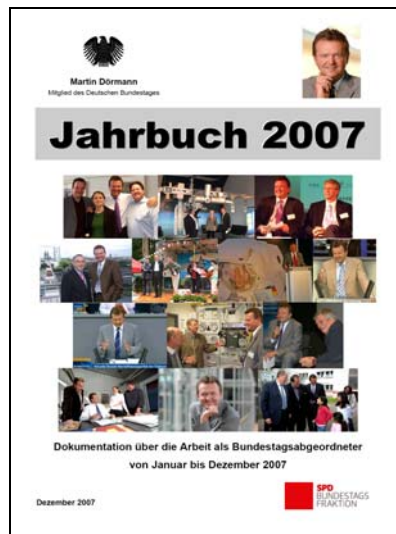
Ihr



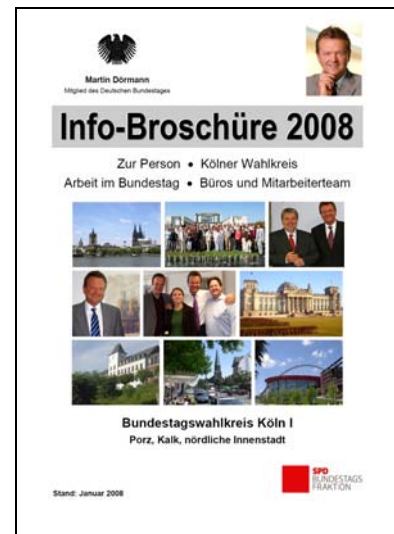
Neu eingestellt auf der Homepage www.martin-doermann.de



Thematisch gegliederte Auflistung sämtlicher Artikel in den Berlin Depeschen 2007



Dokumentation über die Arbeit als Bundestagsabgeordneter im Jahr 2007



Allgemeine Informationen über Martin Dörmann, den Wahlkreis, die Arbeit im Bundestag und das Mitarbeiterteam

Die Broschüren sind auf der Startseite der Homepage zu finden.

WAHLKREIS

Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll am 28. Februar 2008

Martin Schulz spricht zum Thema „Europa sozial gestalten“

Am **28. Februar 2008** lädt der SPD-Stadtbezirk Porz/Poll zum 28. Frühjahrsempfang (19.00 Uhr, Rathaussaal des Bezirksrathauses in Porz, Friedrich-Ebert-Ufer 64-70). Mitausrichter sind die SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Porz und Martin Dörmann.

Als Gast wird der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, **Martin Schulz** erwartet. Das Thema des Abends lautet **„Europa sozial gestalten“**.

Die Veranstaltung bietet Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit, sich mit politischen Vertretern der SPD aus Stadt, Land und Bund auszutauschen. Ein musikalisches Programm und ein Imbiss zu zivilen Preisen runden den Empfang ab.



Martin Schulz, MdB

Ulla Schmidt und Peer Steinbrück kommen im April nach Köln

Frühjahrsempfänge der SPD-Stadtbezirke Innenstadt und Kalk

Im April sind gleich zwei Bundesminister zu Gast in Köln:

- Frühjahrsempfang des Stadtbezirks **Innenstadt** mit **Ulla Schmidt** am Sonntag, 20. April, 10:30 Uhr

Thema: Reform der Pflegeversicherung

- Frühjahrsempfang des Stadtbezirks **Kalk** mit **Peer Steinbrück** am Freitag, 25. April, 18 Uhr

Ort: Gemeinschaftsgrundschule, Lustheider Straße 43, 51103 Köln-Vingst

Die Büros in Porz, Kalk und der Innenstadt wurden renoviert

Alle drei Kölner Bürgerbüros von Martin Dörmann erscheinen seit neuestem in neuem Glanz. Im vollständig umgebauten **SPD-Parteihaus Köln** sind die Gemeinschaftsbüros der Landtags- und Bundestagsabgeordneten vor wenigen Wochen in die neuen Büroräume umgezogen. Die offizielle Eröffnung des **Hans-Jürgen Wischnewski Hauses** fand am 17. Februar 2008 statt (siehe ausführlichen Bericht unten).

Kürzlich wurde auch die historische Außenfassade des **Bürgerbüros Porz** vom neuen Vermieter erneuert. Zudem wurde das **Bürgerbüro Kalk** im Innenbereich renoviert, wofür wir an dieser Stelle sehr herzlich Manfred Koevel für seine Unterstützung danken. Wir freuen uns, dass wir somit unser Angebot für die Bürgerinnen und Bürger auch optisch aufwerten konnten.

Öffnungszeiten der 3 Bürgerbüros im Wahlkreis

Bürgerbüro Porz: Mo., Mi. und Do. 9.00 bis 17.00 Uhr; Di. und Fr. 9.00 bis 14.00 Uhr

Bürgerbüro Kalk: Mo., Di., Mi. 9.00 bis 12.00 Uhr, Do. und Fr. 14.00 bis 17.00 Uhr

Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten: Mo. bis Fr. 9.00 bis 17 Uhr; Di und Do. bis 19 Uhr

Hinweis: die Anschriften der Büros und die Mitarbeiterteams stehen auf der letzten Seite.

KÖLN

Großer Zuspruch bei der feierlichen Neueröffnung des SPD-Parteihauses

Barbara Hendricks, Erhard Eppler und hunderte Mitglieder kamen in das neue „Hans-Jürgen Wischnewski Haus“ der Kölner Sozialdemokratie

Mit einem großen Rahmenprogramm feierte die KölnSPD am 17. Februar die Neueröffnung ihres Parteihauses in der Innenstadt, dessen Eingang nun an der Magnusstraße 18b liegt. Benannt wurde das Gebäude nach dem früheren Kölner Parteivorsitzenden und Spitzenpolitiker **Hans-Jürgen Wischnewski**.

Mehrere hundert Parteimitglieder sowie zahlreiche prominente Gäste konnten sich beim „Tag der offenen Tür“ davon überzeugen, dass sich der von der Bundespartei finanzierte Umbau gelohnt hat. Dessen Markenzeichen ist die große Transparenz der modernen Architektur, mit viel Licht und Glas. Im Haus befinden sich die **Parteibüros** des Kölner Unterbezirks, der Region Mittelrhein sowie das gemeinsame **Bürgerbüro** der Kölner Landtags- und Bundestagsabgeordneten der SPD. Glanzpunkt ist das **„August-Bebel-Forum“** als neuer Veranstaltungssaal.

Nach einer Darbietung der Theatergruppe **„Linie 1“** redeten der Kölner Parteivorsitzende **Jochen Ott**, NRW-Generalsekretär **Mike Groschek** und SPD-Schatzmeisterin **Barbara Hendricks**. Im Hof fanden zahlreiche Gespräche bei Kölsch, Bratwurst und Reibekuchen statt. Ein buntes Treiben herrschte über den ganzen Tag. Ein Chor aus SPD-Mitgliedern stimmte Arbeiterlieder an – und überhaupt war die Stimmung prächtig. Man hatte gleich das Gefühl: das Haus wird prima angenommen. Es soll der Kölner Partei ein frisches Gesicht geben und politischer Mittelpunkt sein.

Gespannt hörten die Besucher/innen **Erhard Eppler** bei seiner Abschlussrede zu. Er schilderte zunächst

eindrucksvoll den Charakter Wischnewskis, mit dem er zu Lebzeiten auf Bundesebene gemeinsam Politik gestaltete: „Hans-Jürgen Wischnewski hat viel für Köln und die Sozialdemokratie im Allgemeinen getan, er konnte stets die Menschen für sich und seine Ideen gewinnen.“ Der Tradition Wischnewskis sei die Kölner SPD verpflichtet und das neue Parteihaus eine gute Basis hierfür. Eppler: „Hans-Jürgen hatte ein Verständnis für Architektur, ihm hätte das Haus sicher gefallen.“

In seiner Rede zur Grundsatzprogrammdebatte der SPD entwarf der Bundesminister a.D. schließlich ein sozialdemokratisches Bild vom Sozial- und Rechtsstaat, mit dem er vielen der Zuhörerinnen und Zuhörern aus dem Herzen sprach.



Erhard Eppler bei seinem Rundgang im neuen Parteihaus mit Jochen Ott, Elfi Scho-Antwerpes und Martin Dörmann.

Mehr über Erhard Eppler im Portrait auf Seite 17

Fotoimpressionen von der Eröffnungsfeier



Vorsitzender Jochen Ott ernannte Christoph Lehmann und Alfred Schultz zu „Ehrenbaumeistern“ der Köln SPD



Die SPD-Bundestagsabgeordneten mit ihrer Mitarbeiterin Renate Dinkelbach im neuen MdB-Büro



Martin Dörmann, Alfred Schultz u. Norbert Walter-Borjans



Starke Stimmen: der Arbeiterlieder-Chor



Gut gelaunt: Erhard Eppler



Einfach charmant: die drei Damen vom Rievkoche-Stand



Eppler-Rede im neuen August-Bebel-Forum



Die Grande Dame der Kölner Kultur: Alexandra Kassen



Heißer Einsatz am Grill: Erwin Thomas und Manfred Koevel

Rede der SPD-Schatzmeisterin Barbara Hendricks zur Historie des Hauses

Lieber Jochen, lieber Mike,
liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,
es freut mich sehr, dass wir heute die neue Zentrale der Kölner SPD einweihen können. Das freut mich besonders, da es meine erste Einweihung ist.

Die sich organisierende Arbeiterbewegung stößt zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf den härtesten Widerstand des Kaiserreichs. Ihre Organisationen werden überwacht und immer wieder verboten. Die bürgerliche Presse bekämpft die Sozialdemokratie und unterdrückt die Berichterstattung. Die staatlichen Behörden tun alles, um die Versammlungen der Sozialdemokraten, die freie politische Meinungsbildung und Meinungsäußerung zu verhindern. Sogar Versammlungsräume sind schwer zu finden, denn die Vermieter müssen Repressalien des Staates und Boykotte der bürgerlichen Gesellschaft fürchten. Die Behörden bedrohen die Wirte. Sie wollen verhindern, dass Gaststätten von Dritten besucht werden, wenn hier weiterhin sozialdemokratische Veranstaltungen stattfinden.

Dies ist der Grund dafür, dass 1902 die Kölner Sozialdemokratie das **Restaurant Joseph Stauff** in der Severinstraße 196 bis 199 pachtet. Schon vor 1902 hatten hier die Veranstaltungen der SPD stattgefunden. Die vorhandenen Räume aber reichen schon bald nicht mehr aus, die vielfältigen Aktivitäten der Arbeiterbewegung aufzunehmen.

1905 entschließt sich deshalb die Partei, auf dem Grundstück an der Severinstraße das Kölner Volkshaus zu errichten. Hier sollen die sozialdemokratischen Organisationen einen gesicherten Ort für ihre Sekretariate bekommen.

Es soll Versammlungsräume für politische, kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen geben und eine Gastronomie, die für preiswertes Essen und Trinken sorgt.

Allerdings ist es der Partei aus Rechtsgründen verwehrt, unmittelbar Eigentümerin ihrer Immobilien zu sein. Unsere Partei ist älter als das bürgerliche Gesetzbuch, das am 1. Januar 1900 in Kraft tritt und erstmals ein Vereinsrecht für ganz Deutschland schafft. Jetzt wird zwischen dem eingetragenen und dem nicht eingetragenen Verein unterschieden. Die SPD, die zu diesem Zeitpunkt schon 36 Jahre bestand, wird ebenso wie z.B. die Gewerkschaften als nicht rechtsfähiger Verein klassifiziert.

Den eingetragenen Verein unterstellt das jetzt geltende Gesetz der Kontrolle des Staates. Er entscheidet über die Zulassung des Vereins. Das Gesetz erlaubt den Behörden, religiösen, politischen oder sozialpolitischen Vereinen die Zulassung zu verweigern. Die eingetragenen Vereine werden zudem der staatlichen Aufsicht über das

Kassenwesen und die Vereinsführung unterstellt. Auf diese Weise war auch das neue Vereinsrecht ein Instrument der Unterdrückung.

Das ist genug Grund für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, sich der möglichen nachträglichen Eintragung ins Vereinsregister zu verweigern. In der Folge entscheidet das Reichsgericht – im Übrigen ihm folgend der Bundesgerichtshof – dass der nicht rechtsfähige Verein nicht grundbuchfähig ist.



Um sich einerseits dem staatlichen Druck nicht zu unterwerfen, andererseits aber Grundstücke erwerben zu können, muss der nicht rechtsfähige Verein, also auch die Sozialdemokratische Partei, über Treuhänder handeln. Der in Köln geborene **August Bebel** kommentiert dies am 29.11.1911: „Die sozialdemokratische Partei besitzt nicht die Rechtsfähigkeit, Geschäfte zu gründen oder zu führen.“ Verwalter und Treuhänder werden eingesetzt, „die die mit den Geldern der Partei gegründeten Geschäfte zu leiten und zu verwalten

haben und verpflichtet sind, etwaige Vorerträge der Geschäfte an die Parteikasse abzuliefern. Es ist also kein Privateigentum und Privateinkommen vorhanden“.

Um die Idee eines eigenen Hauses verwirklichen zu können, musste auch in Köln ein Treuhänder gefunden werden. Da zudem die Kosten eines Neubaus durch die Partei wohl allein nicht zu tragen waren, wurde unter Beteiligung der Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaft 1905 zunächst die Bau- und Erwerbsgenossenschaft Arbeitergesellschaftshaus gegründet. Die Banken hatten der SPD zuvor die Kreditgewährung verweigert. Ein sozialdemokratisches Unternehmen schien ihnen keine ausreichende Sicherheit.

Das Vorbild des gewünschten Hauses lieferte den Kölnern die Sozialistische Partei Belgiens. 1895 gelang es ihr, das erste **„Maison du Peuple“** (Volkshaus) nach dem Entwurf des bedeutenden **Jugendstilarchitekten Victor Horta** zu errichten.

Gegen alle Widerstände: Das Vorhaben gelang. Die Kölner Arbeiterbewegung hatte ein eigenes **Volkshaus**.

Es ist ein Stück Gegenkultur, die nun hier ihren Platz findet. Die von der politischen Mitgestaltung ausgeschlossene und gesellschaftlich diskriminierte Arbeiterbewegung schafft sich ihre eigene Welt, die mehr ist als ein Ort für die politischen Sekretariate der SPD, der Gewerkschaften und ihrer Tageszeitung. Die Versammlungsräume mit Gastronomie bilden den Treffpunkt für die politischen Aktivitäten, doch daneben werden sie zur Heimstatt der Jugendorganisationen, der Theater- und Gesangsvereine, von Umfeldorganisationen, die sich aus der Arbeiterbewegung heraus gebildet haben, wie die Freidenker, der Arbeitersamariterbund und die Mitglieder starke Arbeitersportbewegung.

Der spätere Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, der uns allen unvergessene Kölner **Heinz Kühn**, erinnert sich: „Immer wenn uns etwas freute oder bedrückte, haben wir uns im Volkshaus zusammengefunden. Doch was uns dieses Haus so lieb und wert macht, sind nicht so sehr die großen Erinnerungen: Es ist vielmehr das Alltägliche und Undramatische.“

Der nach dem 30. Januar 1933, der Übertragung des Reichskanzleramtes auf Adolf Hitler, sich entfaltende NS-Terror bedroht sofort das sozialdemokratische Eigentum. Nach dem Reichstagsbrand vom 27./28. Februar 1933 werden aus den Drohungen dann Handlungen. Mit wenigen Ausnahmen werden die SPD-Zeitungen durch die Notverordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“ verboten, nach der Reichstagswahl vom 5. März trifft das Verbot dann die restlichen Zeitungen. Die ersten Betriebe werden gewaltsam besetzt. Der nationalsozialistische Terror trifft die Betriebe und ihre Beschäftigten mit äußerster Brutalität.

Schon im März 1933 besetzen SA und SS-Horden die Räume der Konzentration AG in Berlin. Am 10. Mai 1933 wird dann das gesamte Vermögen der Partei beschlagnahmt, in der Folge werden die sozialdemokratischen Unternehmen auf der Grundlage des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. Mai 1933 in Verbindung mit dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli des Jahres enteignet.

Das Vermögen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – es wird zum damaligen Zeitpunkt auf ca. 60 Millionen Reichsmark geschätzt – wird durch den Preussischen Staat enteignet.

Am 2. Mai 1933 stürmte die SS auch das Kölner Volkshaus und okkupierte es für die Nationalsozialisten.

Nach dem 2. Weltkrieg lag das Volkshaus in Schutt und Asche. Die Partei und die Gewerkschaften bemühten sich um Wiedergutmachung. Die Stadt Köln aber benötigte das Grundstück an der Severinstraße für die Rheinbrücke. Schließlich einigten sich die Beteiligten auf eine Entschädigungszahlung.

Diese Mittel und weitere Wiedergutmachungszahlungen sind der Grundstock als 1960 **Heinz Kühn, Alfred Nau, Karl Wienand, John van Nes Ziegler** und **Toni Lux** die Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft **Mittelrhein Volkshaus Köln GmbH** im Auftrag der SPD gründen. Das Stammkapital der Gesellschaft wird bald auf 320.000 DM erhöht.

Die Kölner SPD will an die Tradition des Volkshauses anknüpfen und erneut ein eigenes Haus bauen. Alleinige Aufgabe der Treuhandgesellschaft ist es, ein Grundstück in Köln zu erwerben und ein neues Volkshaus zu errichten.

Nach dem Erwerb des Grundstücks, auf dem wir uns hier befinden, wurde im Herbst 1963 nach den Plänen des Düsseldorfer **Architekten Knäpper** mit dem Bau des neuen Hauses begonnen. Am 20. März 1965 fand die Einweihungsfeier statt. Der Bezirk Mittelrhein, der Kreisverband Köln Stadt und die Landesgeschäftsführung der Sozialistischen Bildungsgemeinschaft waren die ersten Mieter.

Schon immer waren daher unsere Häuser Orte des Dialogs, Aktionsstätten und Treffpunkte von Menschen unterschiedlichster Herkunft und Profession. Deshalb liegen uns unsere Immobilien heute noch am Herzen, neben Renditeerwartungen entscheiden auch Traditionen vor Ort über den „Wert“ eines Hauses.

Das Haus an der **Magnusstraße** ist jetzt mehr als 40 Jahre alt. Es wurde Zeit für eine Modernisierung. Nur wenige Monate dauerten die Umbau- und Modernisierungsarbeiten. Angesichts der völligen Umgestaltung des Hauses könnten wir es auch einen Neubau nennen. Dies ist nicht mehr der Bau der 60iger Jahre. Jetzt beginnt die neue Zeit. Die SPD kann ihre Arbeit in hellen, funktionalen Räumen aufnehmen.

Ich freue mich meine Kolleginnen und Kollegen **Lale Akgün, Martin Dörmann, Karl Lauterbach** und **Rolf Mützenich** zu begrüßen. Herzlich Willkommen auch an die Landtagsabgeordneten **Anke Brunn, Ingrid Hack, Martin Börschel, Marc Jan Eumann** und **Stephan Gatter**.

Besonders freue ich mich, dass Sie, werte **Evi Markstein** mit ihrem Ehemann **Heinz** und ihren Kindern **Sabine Flohr** und **Michael Scholz** hierher gekommen sind. Die Kölner Partei hat beschlossen, dieses Haus nach **Hans-Jürgen Wischnewski** zu benennen, Ihrem Vater und Großvater.

Mein Gruß gilt auch **Gundis Joosten**, der langjährigen Lebensgefährtin des Namensgebers, die mit Ihrem Sohn **Arnold Joosten** gekommen ist.

Ben Wisch, wie wir Hans-Jürgen Wischnewski wegen seiner zahlreichen und oft so hilfreichen guten Kontakte zu arabischen Staaten nannten, wurde am 24. Juli 1922 in Allenstein im ehemaligen Ostpreußen geboren. Nach dem Abitur 1941 in Berlin musste er als Soldat am 2. Weltkrieg teilnehmen.

Zeit seines Lebens hat Hans-Jürgen Wischnewski für die Sache der Sozialdemokratie gearbeitet und gelebt. 1946 trat er in die SPD ein. Er war Vorsitzender des SPD Unterbezirks Köln, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Bundesgeschäftsführer der Partei und seit 1970 Mitglied des Parteivorstandes von 1972 bis 1982 als stellvertretender Parteivorsitzender. Kurzum: Wenn Ben Wisch gebraucht wurde, dann war er zur Stelle. So war es auch als die Befreiung der Passagiere „Der Landshut“ aus den Händen der RAF organisiert werden musste. Durch seinen Einsatz in Mogadischu wurde er spätestens jetzt einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

Hans-Jürgen Wischnewski war aber auch, wie es sich gehört, Gewerkschaftsmitglied. Als er nach dem Krieg als Metallarbeiter beschäftigt war, trat er der IG Metall bei, als deren Sekretär er von 1953 bis 1959 arbeitete.

Für den Wahlkreis Köln I gehörte Hans-Jürgen Wischnewski von 1957 bis 1990 im Deutschen Bundestag an. In der ersten großen Koalition mit den Parteien der CDU/CSU war er Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in der Regierung Schmidt war er zunächst Parlamentarischer Staatssekretär, später Staatsminister im Auswärtigen Amt bzw. Kanzleramt.

Es ist gut, Hans-Jürgen Wischnewski und sein Lebenswerk durch die Widmung unseres Hauses zu ehren. Ben

Wisch war ein unvergessener Kommunikator. Seine Fähigkeit den Menschen zuzuhören, seine Kraft nach konsensfähigen Problemlösungen zu suchen, aber auch seine Entschiedenheit, in seinem Auftreten und Handeln Grenzen für unverrückbare Werte zu setzen, sind gute Richtpunkte für die Arbeit in diesem Haus und hoffentlich für viele interessante Veranstaltungen in seinem Forum.

Mein herzlicher Gruß gilt den Gästen des öffentlichen Lebens. Stellvertretend für sie begrüße ich die Bürgermeisterin der Stadt Köln **Elfi Scho-Antwerpes** und den Vorsitzenden im DGB **Wolfgang Uellenberg van Daven**. Mein herzliches Willkommen gilt aber auch unseren neuen Mietern der Büroflächen im Haupthaus. Ich hoffe sehr, dass Sie alle Gelegenheit nehmen, unser neues Forum auch zu ihrer Spielstätte zu machen. Es wurde gebaut, damit hier Lesungen, Ausstellungen, Fort- und Weiterbildung, politische Veranstaltungen stattfinden, aber auch Feste gefeiert werden können.

Nicht zuletzt freue ich mich, dass so viele aus der sozialdemokratischen Familie der Region gekommen sind, für sie wurde das Haus umgebaut, ihre Arbeit soll es in Zukunft fördern. Dass die Bauarbeiten so zügig abliefen, dafür darf ich den Büros des Architekten **Kaspar Kraemer**, der **Fachingenieure MBS Elektro-Planung GmbH** und der **Planteam b + k GmbH** sowie der **Tragwerksplaner Pirlet + Partner**, insbesondere aber den Vertretern der bauausführenden Firmen und natürlich ihren Mitarbeitern danken. Ebenso danke ich den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der SPD sowie den Mietern, die Lärm und Staub der Arbeiten mit viel Geduld und Verständnis ertragen haben.

Die Organisation und Koordinierung der Planungs- und Bauleistungen, nicht zuletzt die Kontrolle der Termine bis zur Finanzierung, war die Aufgabe der Konzentration GmbH. Mein Dank geht an den Geschäftsführer der **Konzentration GmbH**, Herrn **Christoph Lehmann**, und

seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere die **Projektleiterin Sylvia Binkenstein**.

Die Konzentration GmbH sanierte zuletzt in den alten Bundesländern die Immobilien in München, Krefeld, Solingen und vor allen Dingen das Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn. Planung, Realisierung und Vermietung dieser Vorhaben sind dabei die wesentliche Aufgabe der treuhänderisch für den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei handelnden Konzentration GmbH.

Sie hat in Köln nicht nur sichergestellt, dass die Kostenschätzung deutlich unterschritten wurde. Wir haben nicht mehr ausgegeben, als wir immer geplant hatten. Zudem konnten wir im Rahmen des ursprünglichen Kostenansatzes die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Anbaus realisieren.

Unsere Parteihäuser sind Stätten der Versammlung, Anlaufstellen für die Bürger und nicht zuletzt Wertanlage. Wenn wir diese Traditionen für die aktuelle Parteiarbeit nutzen, so leben wir unsere Geschichte.

Wir sollten dies nicht vergessen. Wir werden auch weiterhin an unseren Immobilien festhalten – Modernisierungen wie hier in Köln zeigen, dass es sich lohnt. Dass dies so gut gelungen ist, dafür danke ich den Bauleuten, die die vielen Gewerke erbracht haben: den Maurern, Malern, Tischlern bis hin zu den Haustechnikern.

In unseren Parteihäusern sollen auch die Kunst und die Geschichte ihren Platz haben. Ich habe auch ein Bild mitgebracht: mit den besten Grüßen von **Kurt Beck** und **Hubertus Heil** darf ich heute ein Bild von Ben Wisch, gemalt von **Ibrahim Hazimed** übergeben, dass seinen Platz bereits hier im Haus im 1. Obergeschoss gefunden hat.

Die Sanierung ist abgeschlossen. Die SPD in Köln hat ein „neues Haus“.

Was mich mit dem SPD-Parteihaus in Köln verbindet

Eine deutsch-deutsche Geschichte - Von Steffen Reiche, MdB

Häuser können Geschichten erzählen. Aber manche Geschichte haben sie selbst nicht erlebt, weil sie nur wie ein Katalysator gewirkt haben, damit eine Geschichte geschehen konnte.

Eine solche Geschichte verbindet mich mit dem Kölner SPD-Parteihaus. 1987 war ich zum ersten Mal in Köln. Mein Großvater im Sauerland hatte Geburtstag und überraschender Weise durfte ich aus der DDR ausreisen. Zum einen hinterließ ich zwei „Geiseln“, Frau und Kind, zum anderen hätten mich die Behörden nicht wirklich vermisst. Als angehender Pfarrer war ich für die große Sache des real existierenden Sozialismus längst verloren gegeben.

Jahre vorher hatte ich in einer kleinen Serie die Kölner Kirchen schon im Fernsehen kennen gelernt und war glücklich, sie jetzt mit eigenen Augen zu sehen. Ich war seit einigen Stunden dankbarer Besitzer eines bundesdeutschen Ausweises, den ich am Ende der Reise bei meinen Großeltern deponieren würde. Auch nur aus dem (West-) Fernsehen kannte ich die SPD und plötzlich

stand ich vor dem Haus „SPD-Bezirk Mittelrhein“.

Die Häuser der SED in meiner Heimat, die mich nicht interessierten, glichen gut bewachten Trutzburgen. In Potsdam hieß sie sogar Kreml, hatte nichts Einladendes und man konnte sie nur „befugt“ betreten. Hier aber konnte man eintreten und war, ehe man es sich versah, an einem Stand mit Broschüren. Verkehrte Wirklichkeit. Im normalen Leben ist das, was man begehrt, gut geschützt, schwierig zu erreichen. Und nur das nicht Begehrte bietet sich an. Hier aber war das Verbotene, das Begehrte offen und bot mit verschwenderischer Fülle Materialien, die zu besitzen für mich verboten war.

Ungläubig fragte ich, ob ich mir etwas nehmen durfte. Und so nahm ich, ohne dass ich die weitere logische



Frage noch stellen wollte, was es kosten sollte. Ich nahm eine Broschüre zum Arbeitsstand des neuen Grundsatzprogramms von **Erhard Eppler**, ein Statut, Wahl- und Geschäftsordnung und noch einige andere Hefte.

Da hier scheinbar alles so unkompliziert war, fragte ich in einem Raum, ob es möglich wäre, mir einen Briefpartner zu organisieren – also einen etwa gleichaltrigen jungen Genossen, mit dem ich in Kontakt bleiben könnte. Wenige Wochen später bekam ich Post von **Thomas Schüppers**.

In den Materialien, die ich hier bekommen hatte, und in dem, was er mir schickte, lernte ich eine SPD kennen, die mir gefiel.

Diese SPD war ganz anders als erwartet. Ich war erstaunt, wie sehr mich scheinbar doch, obwohl ich schon in der Schule zur Opposition gehörte, die DDR, Staatsbürgerkunde und die SED mit falschen Bildern geprägt hatten.

Zum einen gab es Schnittmengen mit dem, was auch die DDR und ihre Partei zu wollen vorgab. Aber bei der SPD waren nicht nur viele Ziele besser erreicht, auch die Wege dorthin waren menschlicher, klarer und logischer formuliert. Es fehlte völlig die verquaste Propagandasprache, die Lüge über die gegenwärtigen Verhältnisse. Es war wohlthuend klar formuliert was die SPD wollte, wofür sie kämpfte.

Auf dieser Reise kaufte ich die „Geschichte der DDR“ von **Hermann Weber** und „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ von **Wolfgang Leonhardt**. Erstmals bekam ich dadurch einen klaren Blick auf die Geschichte, die mich geprägt hatte. Ich verstand Zusammenhänge völlig neu und was vorher unklar vor mir lag, fügte sich jetzt zu einem Bild.

Immer wenn ich die Rückreise in den Osten antrat, musste ich wohl wie die meisten überlegen: lohnt es sich, aus diesem Land mit seinen Freiheiten und Möglichkeiten wieder in den festgelegten auf Propagandalügen aufgebauten, vertrauten Alltag der DDR zurückzukehren. Aus der Freiheit zurück ins inszenierte Theater. Die Familie wäre nachgekommen, sie galt als Argument nicht. Aber ich hatte von Freunden eine Karte von **Joseph Beuys** geschenkt bekommen, auf der stand hellseherisch klar: „Es gibt Menschen, die sind nur im Osten gut“. Das spürte ich auch für mich. Hier wurde ich gebraucht. Als Pfarrer, als jemand, der bereit war zur Opposition.

Und so schrieb ich 1989 auf meinen ersten, in Westberlin gekauften Computer einen Aufsatz über „Möglichkeit und Notwendigkeit sozialdemokratischer Arbeit in der DDR“. Mir war klar geworden, dass wir in der DDR die Partei wieder brauchten, die seit 1946 fehlte durch die Zwangs(weg)vereinigung. Seit es die SPD nicht mehr gab, verfiel im Osten die Demokratie. Erst musste die SPD weg sein, dann ließen sich auch die Demokratie, die Freiheiten und Grundrechte der Menschen eliminieren. Bürgerbewegung war notwendig, gut und schön. Aber für die Demokratie brauchte man eben die Partei, die die

Ideen von Bürgerbewegungen auch im Parlament durchsetzte.

Mit einigen Freunden, meist Theologen wie ich, wollten wir der DDR zu ihrem 40. Geburtstag ein großes, nachhaltig wirksames Geschenk machen.

Das Beste was uns einfiel, war am 07. Oktober, zum 40jährigen Jubiläum, der DDR die Partei zu schenken, deren Nichtexistenz die DDR ihre Existenz verdankte. Mit 42 sorgsam ausgewählten Freunden gründeten wir am 07. Oktober die SDP, die Sozialdemokratische Partei in der DDR.

Wenige Tage später hatte meine Großmutter im Sauerland wieder Geburtstag. Ich hatte ein Visum beantragt, fürchtete jedoch, es wegen meiner Teilnahme an der Parteigründung nicht zu bekommen. Aber die Stasi funktionierte nicht mehr richtig. Sie hatte mit der Opposition zu viel zu tun. Und so hatte ich mein Visum doch in den Händen und konnte fahren. Mein Ziel war, wie mit dem gerade gewählten Vorsitzenden **Stephan Hilsberg** besprochen, irgendwie der SPD ein Zeichen zu geben. - Es gibt uns, hilft uns und gebt uns ein wenig Unterstützung. - Ich informierte meinen Freund Thomas Schüppers, dass ich als neuer Genosse sie besuchen würde. Er organisierte ein „Gespräch im WDR3“ bei **Zak** mit **Küppersbusch**.

In Westberlin hatten mich Freunde, als sie erfuhren, dass ich die SDP mitbegründet hatte, gleich zum RIAS vermittelt. **Manfred Rexin** empfahl mir, **Tilman Fichter** bei der Parteschule in Bonn zu besuchen. Dort saß ich, als am 18. Oktober **Erich Honecker** zurückgetreten wurde. Wie durch ein Wunder gelang es Thomas, mich dort zu erreichen. Aufgeregt sagte er mir, dass **Fritz Pleitgen** für einen Brennpunkt zum Rücktritt des Generalsekretärs der SED eine Stimme aus dem Osten suchte. **Helmut Schmidt**, **Oscar Lafontaine** und Kanzleramtschef **Rudolf Seiters** hatten schon zugesagt. Welch phänomenale Chance, unsere Gründung bekannt zu machen. Ich sagte zu.

Eine Woche später sagte **Hans-Jochen Vogel**, der mich ins Präsidium der SPD eingeladen hatte, die Präferenz der Kontakte von SPD zur SDP zu. Und dass sie unseren Antrag, Mitglied der sozialdemokratischen Internationale zu werden, unterstützten.

Immer schneller und beeindruckender verlief die Geschichte, die ich seitdem erlebte und die für mich im Kölner SPD-Parteihaus mit der freundlichen Aufnahme durch Menschen begonnen hatte, deren Namen ich bis heute nicht kenne.

Steffen Reiche gehörte 1989 zu den Mitbegründern der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP). In der Folgezeit war er SPD-Landesvorsitzender in Brandenburg, Landesminister für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie später für Bildung, Jugend und Sport. Seit 2005 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages.

Biografische Daten zum Namensgeber Hans-Jürgen Wischnewski

Am 24. Juli 1922 wird **Hans-Jürgen Wischnewski** in Ostpreußen geboren. Seine Familie zieht 1927 nach Berlin, wo er 1941 am Berliner Theodor-Körner Realgymnasium sein Abitur ablegt. Er wird zur Wehrmacht eingezogen und an der Ostfront eingesetzt. 1945 gerät er kurzfristig in amerikanische Kriegsgefangenschaft.

Nach seiner Entlassung geht er 1946 zuerst nach Straubing in Bayern. Später siedelt er endgültig nach Köln über. Er tritt 1946 in die SPD ein und wird als Metallarbeiter auch Mitglied der IG Metall. Nach seiner dortigen Ausbildung in Arbeits- und Sozialrecht wird er zur Betreuung von Betriebsräten in Köln eingesetzt. Von 1953–1959 ist er Gewerkschaftssekretär der IG Metall in Köln, in den Jahren 1957–1968 auch Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Mittelrhein. 1957–1962 ist Wischnewski Bundesvorsitzender der Jungsozialisten (JUSOS). In den Jahren 1961 bis 1965 hat er einen Sitz als Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Über die Landesliste Nordrhein-Westfalen zieht Hans-Jürgen Wischnewski 1957 erstmalig für die SPD in den Bundestag ein. Er bleibt bis 1990 – meist als direkt gewählter Abgeordneter seiner Heimatstadt Köln – Mitglied des Bundestages.

Auslandsaufenthalte führen Wischnewski in nahezu alle europäischen Länder. Er setzt sich für den algerischen Freiheitskampf ein und wird Präsident der Deutsch-Algerischen Gesellschaft sowie Mitglied des Präsidiums der Deutsch-Tunesischen Gesellschaft.

Im Kabinett der Großen Koalition von Kurt Georg Kiesinger wird er als Nachfolger von Walter Scheel Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1966–1968).

Von 1974–1976 ist er Staatsminister im Auswärtigen Amt, 1976 wechselt er als Staatsminister ins Kanzleramt und wird Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin.

Hans-Jürgen Wischnewski ist Bundesgeschäftsführer der SPD (1968–1971) und von 1970 bis 1985 auch Mitglied des Parteivorstandes und des Präsidiums; im Parteivorstand übernimmt er den Vorsitz der Kommission für internationale Beziehungen.

Von 1979–1982 ist er stellvertretender Parteivorsitzender der SPD. 1981 übernimmt er den Vorsitz des außenpolitischen Arbeitskreises der SPD. Auf dem SPD-Parteitag 1982 verzichtet er auf eine erneute Kandidatur für das Amt des Stellvertretenden Parteivorsitzenden und kehrt auf Wunsch von Helmut Schmidt bis zu dessen Abwahl im Oktober als Staatsminister in das Kanzleramt zurück.

Internationale Beachtung findet 1970 seine Intervention

in Amman/Jordanien, die zur Freilassung der Passagiere aus drei von palästinensischen Terroristen gekidnappten Flugzeugen führt. Wischnewski, der wegen seiner guten Kontakte zur arabischen Welt auch „**Ben Wisch**“ genannt wird, kann durch mehrere Reisen in verschiedene arabische Staaten die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen erreichen.

Hans-Jürgen Wischnewski wird immer wieder mit diplomatischen Sondermissionen betraut.

Als Krisenmanager in Zusammenhang mit der Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer und der Lufthansa-Maschine Landshut erreicht er die Befreiung von 90 Geiseln aus der Gewalt palästinensischer Terroristen. Die Presse feiert ihn 1977 als Held von Mogadischu.

Als Vorsitzender des Nahost-Ausschusses der Sozialistischen Internationale (1986–1995) bleibt er weit über den Nahen Osten hinaus aktiv.

1986 erreicht er in Nicaragua die Freilassung von acht durch die Contras entführten Deutschen. Außerdem vermittelt er zwischen der nicaraguanischen Regierung und den Contras einen Waffenstillstand, der den Weg zu freien Wahlen in dem mittelamerikanischen Land ebnet. Wischnewski tritt bei der Bundesregierung für die Wiederaufnahme von Entwicklungs- und Kapitalhilfe an Nicaragua ein. In Lateinamerika wird er unter dem Namen Comandante Hans bekannt.

1987 setzt er sich in Teheran und Beirut für die Freilassung der deutschen Firmenrepräsentanten Rudolf Cordes und Alfred Schmidt ein. 1990 setzt er sich als Sonderbeauftragter der NRW-Landesregierung in Jugoslawien für die Rückkehr von 5000 in nordrhein-westfälischen Übergangslagern lebenden Roma in ihre Heimat ein.

Für seine zahlreichen Verdienste wird er 1997 mit dem höchsten palästinensischen Orden durch Palästinenserpräsident Jassir Arafat (1929–2004) ausgezeichnet. Außerdem bringt die Autonomiebehörde anlässlich seines 75. Geburtstages eine Briefmarke mit seinem Porträt heraus.

Obwohl im Alter nach verschiedenen Operationen an den Rollstuhl gefesselt, unternimmt er weiterhin Reisen und pflegt seine Kontakte zu internationalen Staats- und Regierungschefs.

Hans-Jürgen Wischnewski stirbt am 24. Februar 2005 mit 82 Jahren in Köln.

Das Portrait oben ist ein Ölgemälde von Ibrahim Hazimed. Es hängt nun im Kölner Parteihaus.

→ Auf www.martin-doermann.de ist eine **Sonderausgabe** mit weiteren Infos zu Ben Wisch eingestellt

Arbeitslosengeld I verlängert – neue 58-Regelung

Der Deutsche Bundestag hat am 25. Januar das Siebte Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze verabschiedet.

In diesem Gesetz ist neben der veränderten sogenannten 58er Regelung auch die Verlängerung der Zahldauer des Arbeitslosengeldes I (ALG I) für Ältere enthalten. Es tritt rückwirkend zum 1. Januar 2008 in Kraft.

Die Erwerbstätigenquote der älteren Arbeitnehmer ist zwar von 37,7 Prozent im Jahr 1998 auf deutlich über 50 Prozent in 2007 gestiegen, dennoch ist es für viele Ältere nach wie vor schwierig, einen neuen Job zu finden. Deshalb wird die Dauer des Anspruchs auf ALG I für Arbeitnehmer, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, stufenweise verlängert. Die Verlängerung erfolgt unter Berücksichtigung des Lebensalters und der zurückgelegten Versicherungszeiten in den letzten fünf Jahren vor Entstehung des Anspruchs. Die Lebensleistung Älterer wird

somit wieder stärker berücksichtigt. Über 50-Jährige bekommen rückwirkend zum 1. Januar diesen Jahres 15 Monate Arbeitslosengeld I, über 55-Jährige 18 Monate und ab 58 wird 24 Monate ALG I gezahlt. Entgegen den Vorschlägen von Rüttgers und anderen aus der Union geht die Verlängerung der Zahldauer von ALG I an Ältere, dank der SPD, nicht zu Lasten von Jüngeren oder Frauen.

Um den Wiedereinstieg Älterer in den Arbeitsmarkt noch besser zu fördern, wird z. B. ein Eingliederungsgutschein eingeführt. Mit diesem verpflichtet sich die Bundesagentur für Arbeit, einen Lohnkostenzuschuss in Höhe von 30 bis 50 Prozent des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts für die Dauer von 12 Monaten an den Arbeitgeber zu leisten, der einen älteren Arbeitslosen einstellt.

Außerdem enthält das Gesetz die Änderungen zur 58er Regelung. Damit wird die Zwangsverrentung von ALG II-Empfängern

ab 58 Jahren hinfällig. Für sie gilt nun, dass sie erst ab dem 63. Lebensjahr eine Altersrente mit Abschlägen in Anspruch zu nehmen haben. Für Arbeitssuchende, die schon heute die 58er Regelung nutzen, ändert sich nichts. Zudem werden Eingliederungsvereinbarungen zwischen den Arbeitsagenturen und den älteren Arbeitnehmern geschlossen. Alle sechs Monate haben die Leistungsträger (z. B. Arbeitsagenturen) zu prüfen, ob eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt oder in eine Arbeitsgelegenheit möglich ist.

Das Gesetz hätte bereits im Dezember beschlossen werden können. Die Union hat dies trotz zuvor getroffener Vereinbarungen auf Grund von Schwierigkeiten in den eigenen Reihen verhindert. Es ist der Arbeit unseres Arbeits- und Sozialministers, Olaf Scholz, zu verdanken, dass sich die Verzögerung nicht zu Lasten der Betroffenen ausgewirkt hat.

„Kurs halten“: Jahreswirtschaftsbericht 2008 der Bundesregierung

Der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht steht zu Recht unter dem Motto „Kurs halten“. Die aktuelle Entwicklung auf den Aktienmärkten kann nicht davon ablenken: Deutschland ist auf gutem Kurs. Vor allem die Rekord-Beschäftigung und der ausgeglichene Staatshaushalt zeigen, dass sich die Reformen der letzten Jahre jetzt auszahlen. Der Aufschwung kommt zunehmend bei den Menschen an. Die deutsche Wirtschaft wächst weiter.

Nach zwei hervorragenden Jahren geht die Bundesregierung für dieses Jahr trotz der deutlich gestiegenen wirtschaftlichen Risiken von einem immer noch zufrieden stellenden wirtschaftlichen Wachstum von 1,7 Prozent aus. Besonders wichtig: Es wird gut begründet erwartet, dass die Zahl der Erwerbstätigen trotz bereits erreichter Rekordhöhe weiter steigen wird (im Jahresdurchschnitt um 280.000 Personen) und die Arbeitslosigkeit weiter sinken wird (im Jahresdurchschnitt um 330.000 Personen). Deutschland muss diesen Kurs halten: Trotz Globalisierung mit weltweitem Wettbewerb und Schwankungen auf den Aktienmärkten können wir Deutschen mit weiteren Reformen unseren Wohlstand weiter steigern und optimistisch in die Zukunft blicken.

Im Einzelnen:

Die Reformbilanz der Bundesregierung kann sich sehen lassen. Der Aufschwung kommt zunehmend

bei den Menschen an: In Form verbesserter Einkommensperspektiven und zusätzlicher Arbeitsplätze. Mit über 40 Millionen Erwerbstätigen wurde im Herbst 2007 ein historischer Höchststand erreicht. Der Beschäftigungsaufbau vollzieht sich zudem dynamischer als in früheren Aufschwungsphasen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat allein im vergangenen Jahr um geschätzt 570.000 Personen im Jahresdurchschnitt zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen ist von jahresdurchschnittlich 4,9 Millionen im Jahre 2005 um fast ein Viertel auf unter 3,8 Millionen Personen im vergangenen Jahr zurückgegangen. Zum ersten Mal seit 30 Jahren ist die Arbeitslosigkeit stärker gesunken, als sie im Abschwung zuvor angestiegen war. Besonders wichtig: Anders als in der Vergangenheit kommt die wirtschaftliche Dynamik nun zunehmend auch den Menschen zugute, die mit besonderen Schwierigkeiten am Ar-

beitsmarkt konfrontiert sind: den Älteren, den Langzeitarbeitslosen und Arbeitnehmern mit einfachen Qualifikationen.

Auch die öffentlichen Haushalte werden zunehmend solider. Im Jahre 2007 war der Staatshaushalt insgesamt ausgeglichen – erstmals seit dem Jahr 1989! Auch der Bundeshaushalt hat die geringste Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung aufgewiesen. Ein ausgeglichener Bundeshaushalt soll spätestens im Jahr 2011 erreicht werden. Neue Spielräume wollen wir im Sinne der gestaltenden Finanzpolitik weiterhin nutzen, um die Neuverschuldung so schnell wie möglich zurückzuführen und gleichzeitig gezielt Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen.

Die weitere Strategie der SPD in der Bundesregierung:

Die Bundesregierung wird ihrem sozialdemokratisch geprägtem und wirtschaftlich erfolgreichem Kurs treu bleiben: Sie wird die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach dem Leitmotiv: Investieren – Sanieren – Reformieren weiter verbessern. Wichtigste Ziele sind der weitere nachhaltige Abbau der Arbeitslosigkeit, die nachhaltige Erhöhung des Wachstumspotenzials, solide Haushalte zur Rückgewinnung von Gestaltungskraft und eine weitere Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft.

Das Agieren des Bundeswirtschaftsministers Glos angesichts der Entwicklung auf den Aktienmärkten ist alles andere als hilfreich. Anstatt ideologische Vorbehalte gegen die Einführung von Mindestlöhnen zu pflegen, muss die Bundesregierung vielmehr dafür sorgen, dass neue Beschäftigungschancen entstehen und die entschlossen genutzt werden können. Wichtig sind dabei vor allem Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Konzepte für arbeitsmarktgerechte Zuwanderung von Arbeitskräften, die das heimische Potenzial an Qualifikationen vorrangig ausschöpfen.

Weitere Anliegen in Kurzform:

- Stärkung unternehmerischen Engagements (Unternehmensteuerreform, Abgeltungssteuer, Erbschaftsteuerreform)
- Schaffung der Voraussetzungen für faire und menschenwürdige Löhne in allen Bereichen der Wirtschaft durch Mindestlohnregelungen
- Sicherung tragbarer Energiekosten und einer nachhaltigen Energieversorgung

Das Agieren des Bundeswirtschaftsministers Glos angesichts der Entwicklung auf den Aktienmärkten ist alles andere als hilfreich. Anstatt ideologische Vorbehalte gegen die Einführung von Mindestlöhnen zu pflegen, muss die Bundesregierung viel-

mehr dafür sorgen, dass neue Beschäftigungschancen entstehen und die entschlossen genutzt werden können. Wichtig sind dabei vor allem Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Konzepte für arbeitsmarktgerechte Zuwanderung von Arbeitskräften, die das heimische Potenzial an Qualifikationen vorrangig ausschöpfen.

Weitere Anliegen in Kurzform:

- Stärkung unternehmerischen Engagements (Unternehmensteuerreform, Abgeltungssteuer, Erbschaftsteuerreform)
- Schaffung der Voraussetzungen für faire und menschenwürdige Löhne in allen Bereichen der Wirtschaft durch Mindestlohnregelungen
- Sicherung tragbarer Energiekosten und einer nachhaltigen Energieversorgung - Herausforderungen des weltweiten Klimawandels begegnen (Integriertes Energie und Klimaprogramm der Bundesregierung, Ausbau der erneuerbaren Energien)
- Reformen im Bereich der Sozialversicherungssysteme wegen demographischer Entwicklung (Stärkung des Wettbewerbs im Gesundheitswesen und Ausbau der gesundheitlichen Vorsorge, bessere Ausrichtung der Leistungen der Pflegeversicherung auf die Bedürfnisse der Menschen, Lohnzusatzkosten dauerhaft unter 40% halten)
- Ausbau von Mitarbeiterbeteiligungen durch Fondslösungen Verbesserung der Flexibilität und Reaktionsfähigkeit der Märkte und der Marktteilnehmer durch strukturelle Reformen bei gleichzeitigem Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Bürokratieabbau voranbringen
- Mobilisierung von Wagniskapital für Gründerinnen und Gründer und Begrenzung der Risiken
- Verbesserung der Transparenz der internationalen Finanzmärkte
- Weitere Verbesserung von Innovationskraft und technologischer Stärken (Hightech- Strategie der Bundesregierung). In dieser Legislaturperiode werden durch die Bundesregierung zusätzliche 6,5 Milliarden Euro in Forschung, Technologie und Innovation eingesetzt. Ziel ist es, bis 2010 gemeinsam mit der Wirtschaft 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung zu investieren.
- Verstärkung der Bildungsanstrengungen und Verbesserung der Chancengleichheit
- Verbesserung des Schutzes geistigen Eigentums
- Gestaltung des internationalen Rahmens einer Sozialen Marktwirtschaft

Übersicht 1: Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland¹⁾

	2006	2007	Jahres- projektion 2008
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	2.9	2.5	1.7
Erwerbstätige (im Inland)	0.6	1.7	0.7
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) ²⁾	10.8	9.0	8.2
VERWENDUNG des BIP preisbereinigt			
Private Haushalte u. private Organisationen o. E.	1.0	-0.3	1.1
Ausrüstungen	8.3	8.4	4.1
Bauten	4.3	2.0	0.5
Inlandsnachfrage	1.9	1.1	1.4
Exporte	12.5	8.3	5.8
Importe	11.2	5.7	5.9
Außenbeitrag (BIP-Wachstumsbeitrag) ³⁾	1.1	1.5	0.4
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (nominal)	0.9	1.3	2.4

1) bis 2007 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: 15. Januar 2008;

2) bezogen auf alle Erwerbspersonen;

3) Beitrag zur Zuwachsrate des BIP;

Übersicht 2: Reformdividende in Zahlen 2005 – 2007

	2005	2007	Veränderung 2005/2007
Erwerbstätige, in Mio.	38,8	39,7	+0,9 Mio. (+2,3 %)
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, in Mio.	26,2	26,9	+0,7 Mio. (+2,6 %)
Registrierte Arbeitslose (Jahresdurchschnitt in Mio.)	4,9	3,8	-1,1 Mio. (-22,3 %)
Langzeitarbeitslose in Mio.	1,6	1,4	-0,2 Mio. (-17,3 %)
Bewerberüberhang bei Berufsausbildungsstellen ²⁾	27.900	10.700	-17.200
Zahl der neuen Ausbildungsplätze gegenüber Vorjahr in 1000	550	626	+76
Erwerbsquote der über 54-jährigen ⁴⁾	45,5	52	+ 6,5 %-Punkte
Lohnzusatzkosten ¹⁾	41,4	39,7	- 1,7 %-Punkte
Staatsquote in % des BIP	46,9	43,9	- 3,0 %-Punkte
Finanzierungssaldo in % des BIP	- 3,4	0	+ 3,4 %-Punkte

¹⁾ Paritätisch finanzierter Beitragssatz zur Sozialversicherung. - ²⁾ 2004/2005. - ³⁾ 2006/2007. - ⁴⁾

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 55 – 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe.

Überlegungen zur Lage nach den Landtagswahlen und vor der Bundestagswahl 2009

Von Hans-Peter Bartels, SPD-Bundestagsabgeordneter

I.

Regieren wird schwieriger in Deutschland. Entgegen landläufiger Meinung sind Existenz, Westausdehnung und Wählerzuspruch der Linkspartei kein exklusives Problem der SPD. In Hessen und Hamburg waren es nicht SPD-, sondern CDU-Alleinregierungen, die zusammenbrachen; auch CDU plus FDP bringen hier keine parlamentarische Mehrheit mehr zustande; die SPD legte – aus historischen Tiefen wieder aufsteigend – jeweils ganz tüchtig zu. Da die Wahlbeteiligung rückläufig ist, kann für den Erfolg der fünften Partei auch nicht das bisher unausgeschöpfte sogenannte „Nichtwählerlager“ herangezogen werden; die Linke in ihrer multiplen Eigenschaft als Ost-, Links-, Anti-„Fremdarbeiter“- und „Wir-hier-unten“-Denkzettel-Partei schöpft aus allen Quellen. Das macht die klassische Wahlalternative des Vier-Parteien-Systems, Schwarz-Gelb versus Rot-Grün, kaputt. Alleinregierungen (wie die der CDU in Thüringen und im Saarland, der SPD in Rheinland-Pfalz oder der CSU in Bayern) und kleinere Zweier-Bündnisse (wie Rot-Grün in Bremen oder CDU/FDP in Niedersachsen, NRW, BaWü) werden seltener.

Das in den ostdeutschen Ländern und im Bundestag schon seit 1990 präsente Fünf-Parteien-System verändert die Möglichkeiten und Zwänge der politischen Kombinatorik, nun auch im Westen. Gegenwärtig sind sechs Große Koalitionen (Bund, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg), einmal SPD/Linke (Berlin) und demnächst vielleicht Schwarz/Grün (Hamburg) und Ampel (Hessen) Ausdruck dieser Veränderung, die alle betrifft. Das Unnormale wird normal, die bisherige Ausnahme beinahe zur Regel.

Entscheidend für die Durchsetzungsfähigkeit politischer Programmatik werden künftig nicht nur die Stimmenanteile der einzelnen Parteien sein, sondern darüber hinaus ihre Optionen, mit anderen parlamentarische Mehrheiten zu bilden. Das betrifft nicht nur die beiden großen, sondern auch die drei kleineren Parteien FDP, Grüne und Linke. So wenig liberale (3x) und grüne Mitregierung (1x) wie heute war noch nie in Bund und Ländern.

In vorwegeilender Vereinfachung hat die deutsche Öffentlichkeit, vertreten durch fast alle ihre Medien, sowohl die rote wie auch die schwarze „Ampel“ (bisher noch nirgends erfolgreich erprobt) für unproblematisch erklärt – und ebenso Schwarz-Grün. Die Zahl der grünen Optionen steigt also durch das flächendeckende Hinzutreten der Linkspartei sprunghaft; und, jede Wette, die Grünen werden mit den üblichen Schmerzen am Ende zu allem bereit sein. Die FDP schreckt noch vor der SPD/FDP/Grün-Variante zurück, betreibt derzeit

keine sozialliberale Koalition und muss aufpassen, nicht als bloßer Ausfallbürge für notleidende CDU- oder CDU/Grüne-Regierungen wahrgenommen zu werden. Sie hat wie immer die Wahl: Beweglichkeit oder Tod.

Zum Hauptgegenstand der Deutungskämpfe darüber, welche der neuen, transklassischen Koalitionsoptionen in Zukunft gehen dürfen und welche nicht, ist das Verhältnis der SPD zur Linkspartei in Westdeutschland geworden. Im Osten gab es (Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern) und gibt es (Berlin) rot-rote Tolerierungen und Koalitionen. Und dass dies im Westen, wenn die Linke nicht freundlicherweise einfach wieder verschwindet, eines Tages auch so sein könnte oder müsste, das vorauszusehen, erfordert wenig politische Phantasie.

Die selbstbewusste und realistische Antwort der SPD auf die Frage nach der Koalitionsfähigkeit der West-Linken müsste also heißen: theoretisch ja, praktisch und heute – nein! Wer allerdings sagt: theoretisch niemals, und praktisch schau mal, der bekommt sofort ein kleines Kommunikationsproblem.

Selbst wenn die Grünen, ihre Optionen weiter mehrend, etwa in Hessen für eine SPD-Grüne-Links-Konstellation zur Verfügung stünden, wäre es für die SPD nicht ratsam, es hier auf den Versuch ankommen zu lassen. Die West-Linke ist – wie 1980 die Grünen, allerdings weniger sympathisch – von Sektierern, Parteiwechslern und „Wer-hat-uns-verraten“-Kollegen geprägt. Das kann sich ändern. Parlamentarismus ist erziehlisch. Nicht Kader, sondern Menschen machen Politik. Aber noch spricht praktisch alles gegen Bündnisse mit den Linkspopulisten.

Damit sitzt die SPD zwar nicht in der Falle, aber gegenwärtig am kürzeren Hebel, was Mehrheitsbündnisse angeht: Neben Rot-Grün (und Rot-Rot im Osten) gibt es, solange die FDP sich sperrt und die Linke im Westen nicht in Frage kommt, wenig Perspektiven für eine sozialdemokratisch geführte Regierung jenseits der Großen Koalition. Deshalb wäre Rot-Gelb-Grün in Hessen so charmant – wenn doch nur die FDP die Signale verstehen wollte! Aber mit dem vielsagenden „Wir können auch anders“ ist heutzutage schlecht drohen. „Anders“ hieße hier eben doch wieder nur: Große Koalition. Punkt.

Die Etablierung der SED-Nachfolgepartei in den ostdeutschen Länderparlamenten war ein Ergebnis der neuen Wahlfreiheit nach dem Ende der alten DDR. Dass sich die PDS im gesamtdeutschen Bundestag etablieren konnte, ist ihrer regionalpolitischen Bedeutung im Osten und dem spezifischen Einigungswahlrecht des Jahres 1990 (zwei Wahl-

gebiete mit separater Fünf-Prozent-Hürde) zu danken. Dass schließlich die Westausdehnung als fünfte Partei gelang, lässt sich zum größten Teil auf die bundespolitische Dauer-(Oppositions-)Präsenz auf den Bühnen „Bundestag“ und „Regierungsbildung Ost“ zurückführen, zum kleineren Teil auf die spezifischen Vorteile, die die Große Koalition populistischen Protestparteien bietet. Und gewiss ist die Motivation mancher Parteigründer (WASG, Lafontaine) auch der sozialdemokratischen Agenda-Politik Schröders geschuldet. Wer allerdings die Linkspartei-Erfolge im Westen 2008 nur aus Beschlüssen der rot-grünen Bundestagmehrheit 2003 erklärt, der hüpfet zu kurz.

Über den Umgang mit der Linkspartei sollte die SPD sich nicht zerstreiten. Das Thema taugt auch nicht zur Instrumentalisierung für eine mögliche Kanzlerkandidatenkonkurrenz. Alle Flügel haben das gleiche Problem, und es gibt kein Patentrezept, wie man unter der Bedingung der Großen Koalition im Bund die Linkspartei klein hält und gleichzeitig der CDU Landesregierungen abnimmt.

Von der langweiligen bayerischen Landtagswahl im Herbst einmal abgesehen steht als Markt der Möglichkeiten für die neue politische Kombinatorik vor der Bundestagswahl 2009 vor allem ein Ereignis im Zentrum, das ist die Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 2009. Schwarz-Gelb wird dort keine eigene Mehrheit mehr haben, der Amtsinhaber dürfte deshalb auf eine Wiederkandidatur verzichten (warum sollte die SPD ihn mitwählen?). Im Werben um spätere potentielle Regierungspartner werden Union und SPD die Ampel-Lichter Gelb und Grün mit besonderer Aufmerksamkeit pflegen. Spannend. Am wahrscheinlichsten wäre dann wohl ein grüner Präsident. Das gab's noch nicht. Welcome back, Joschka?

II.

Kurt Beck, der achte SPD-Vorsitzende seit Willy Brandts Rücktritt 1987 (dazwischen: Vogel, Engholm, Scharping, Lafontaine, Schröder, Müntefering, Platzeck), hat die Aufgabe, das Erbe der sieben rot-grünen Jahre zu bewahren, den Wiederaufstieg der SPD nach vielen regionalen Wahlsastern in der Ära Schröder/Fischer und dem Absturz in die Große Koalition zu organisieren – und selbst Kanzler einer SPD-geführten Bundesregierung zu werden. Daran arbeitet er, und das ist schwer genug:

- In seiner Amtszeit wurden die drei zur Wahl stehenden SPD-geführten Länder Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Bremen verteidigt; bei drei weiteren Wahlen zwei absolute CDU-Mehrheiten gebrochen (Hessen, Hamburg; Niedersachsen unverändert CDU/FDP).
- Die seit 1999 vor sich hin stotternde Grundsatzprogramm-Debatte kam mit dem

noch einmal gründlich durchgearbeiteten Hamburger Programm 2007 zu einem guten Ende. Stark hier: Primat der Politik, Bekenntnis zu öffentlichen Gütern, stärker steuerfinanzierte Sozialsysteme, vorsorgender Sozialstaat, konstruktive Kritik am globalen Kapitalismus, Klimaschutz, Werben für eine solidarische Mehrheit ...

- Der Umbau der engeren Parteiführung, dem vier, teilweise sehr blasse, stellvertretende Parteivorsitzende zum Opfer fielen, ging erstaunlich geräuschlos über die Bühne.
- Mit der erneuten Verlängerung der Zahldauer des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmer hat sich die SPD nicht von ihrer eigenen erfolgreichen Reformpolitik verabschiedet, sondern das „Basta“ des alten Kanzlers sehr sichtbar zurückgenommen: Wir sind und bleiben Revisionisten, zur Diskussion, Kritik und Korrektur fähig. Im Übrigen war damit der Denunziation von CDU-Arbeiterführern und Linkspartei-Populisten der Boden entzogen, ein Hindernis für einen offensiven (und nicht defensiv-rechthaberischen) Wahlkampf 2009 beseitigt.
- Hierzu passt auch der erste Erfolg in der schon von Franz Müntefering begonnenen Mindestlohn-Debatte.

War die Zeit um 1998 noch beflügelt von marktradikalen Illusionen und neoliberaler Ideologie (Deregulierung, Steuersenkung, Privatisierung), so wandelte sich schon unter Rot-Grün der gesellschaftliche Mainstream von der Anbetung des harten Primats der Ökonomie (Clintons Berater: „It's the economy, stupid!“) zu weicheren Themen, *family values*. In kaum einem Politikfeld konnten binnen so kurzer Zeit aufgrund systematischer Vorarbeit so viele sozialdemokratische Reformen in großem gesellschaftlichen Konsens eingeleitet werden wie in der Familienpolitik (Elternzeit, Ganztagschule, Krippenausbau, Elterngeld). Für die Integrationspolitik zugunsten der Mitbürger „mit Migrationshintergrund“ würden wir uns solchen Schwung nun auch wünschen.

Mit der Renaissance des Staates (Rekommunalisierung privatisierter Versorgungsunternehmen, Ausbau der Kinderbetreuung, höhere Steuerquote), der nach den Börsen-Pleiten, New-Economy-Crashes, Finanzmarkt-Katastrophen, Selbstbereicherungs- und Korruptionsskandalen des Top-Managements gar nicht mehr so ineffizient, dumm und altmodisch aussieht wie noch vor zehn Jahren, kommt ein neues Themenbündel auf die Politik zu: die Verantwortung der Wirtschaft, die demokratische Gestaltung ökonomischer und internationaler Zusammenhänge, Fragen nach der Moral des spekulativen Kapitalismus.

Im Januar hat das Kabinett die „Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung“ beschlossen. Die Initiative bündelt bildungspolitische Maßnahmen mehrerer Bundesministerien. Ziel der Koalition ist es, benachteiligte Jugendliche besser zu qualifizieren und dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Zentraler Bestandteil ist ein Ausbildungsbonus für Altbewerber. Mit ihm wollen wir rund 100.000 Jugendliche, die schon lange nach einer Lehrstelle suchen, in Ausbildung bringen.

Obwohl die Zahl der Ausbildungsplätze seit Abschluss des Ausbildungspaktes deutlich gestiegen ist, landen immer noch zu viele junge Menschen in Warteschleifen. Der Anteil an Ausbildungsuchenden, die sich bereits seit einem Jahr oder länger vergeblich um eine Lehrstelle bemühen, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Inzwischen gibt es über 300.000 Altbewerber pro Jahr. Zwar finden viele dieser Jugendlichen beim zweiten oder dritten Anlauf einen Ausbildungsplatz.

Viele andere aber haben ohne zusätzliche Unterstützung kaum Chancen auf eine gute berufliche Qualifizierung.

Zusätzliche Fördermaßnahmen für benachteiligte Jugendliche

Um diese jungen Menschen besser zu unterstützen, hat die SPD-Bundestagsfraktion die Altbewerberproblematik im vergangenen Jahr auf die Agenda der Großen Koalition gesetzt. Unser Ziel ist es, den Ausbildungspakt durch zusätzliche Fördermaßnahmen für benachteiligte Jugendliche zu flankieren. Dabei haben wir frühzeitig eine Anregung aus Wirtschaft und Gewerkschaften aufgegriffen und vorgeschlagen, die betriebliche Ausbildung benachteiligter Altbewerber finanziell zu fördern.

Dieser Vorschlag wird jetzt im Rahmen der Qualifizierungsinitiative umgesetzt. Der Ausbildungsbonus bildet den Kern des Konzepts „Jugend – Ausbildung und Arbeit“, das unter Federführung von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz erarbeitet wurde, um Jugendlichen mit

schlechteren Startchancen noch besser unter die Arme zu greifen.

Ausbildungsbonus als Anreiz für Unternehmen

Mit dem auf drei Jahre befristeten Ausbildungsbonus wollen wir einen besonderen Anreiz für Betriebe schaffen, benachteiligten jungen Menschen eine neue Chance zu geben. Voraussetzung ist, dass die Betriebe zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen und diese mit besonders förderbedürftigen Altbewerbern besetzen. Gefördert werden Altbewerber, die maximal über einen Realschulabschluss verfügen oder seit mehr als zwei Jahren vergeblich nach einem Ausbildungsplatz suchen oder individuell benachteiligt sind. Für diese jungen Menschen war es in der Vergangenheit besonders schwierig, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden.

Die Höhe des Ausbildungsbonus richtet sich nach der Höhe der monatlichen Ausbildungsvergütung der Jugendlichen. Bei Bruttovergütungen unter 500 Euro monatlich beträgt der Ausbildungsbonus 4.000 Euro, bei einer monatlichen Vergütung zwischen 500 und 750 Euro werden 5.000 Euro gezahlt und bei Vergütungen über 750 Euro beträgt der Ausbildungsbonus 6.000 Euro. Der Bonus ist ein einmaliger pauschaler Zuschuss, der unkompliziert und unbürokratisch in zwei Teilbeträgen ausgezahlt werden soll. Die Finanzierung soll aus dem Haushalt der Bundesagentur für Arbeit erfolgen.

Unternehmen müssen mehr Ausbildungsplätze stellen

Mit dieser neuen Maßnahme fördern wir Bildungsabschlüsse statt Warteschleifen und beugen Arbeitslosigkeit vor. Dabei setzen wir ausdrücklich auf einen betrieblichen Förderansatz, der eine hohe Qualität der Ausbildung und gute Arbeitsmarktperspektiven für die Jugendlichen verspricht. Die Kapazitäten in den Betrieben sind vorhanden. Viele Unternehmen bilden nur unterdurchschnittlich aus, jedes zweite ausbildungsfähige Unternehmen überhaupt nicht. Diese Potenziale wollen wir aktivieren.

Die Förderung soll nicht zu Lasten anderer Ausbildungsbewerber erfol-

gen. Daher ist die Förderung auch an die Kriterien der Zusätzlichkeit bei den Lehrstellen und der Förderbedürftigkeit bei den Jugendlichen geknüpft. Es geht ausdrücklich nicht um dauerhafte Subventionen für Ausbildung, sondern um eine zeitlich befristete Sondermaßnahme zum Abbau der Altnachfrage am Ausbildungsmarkt.

Mehr Beratung und Betreuung für Jugendliche

Neben dem Bonus sieht das Ausbildungskonzept von Arbeitsminister Olaf Scholz weitere Maßnahmen vor. So sollen die ausbildungsbegleitenden Hilfen der sozialpädagogischen Begleitung intensiver eingesetzt werden, um die Betriebe bei der Ausbildung zu unterstützen und lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche erfolgreich zu einem Berufsabschluss zu führen. Darüber hinaus werden wir die personellen Ressourcen der Berufsberatung verstärken und das gesellschaftliche Engagement von Berufseinstiegsbegleitern (sogenannten Ausbildungspaten), die leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler in den letzten Schuljahren individuell und über eine längere Zeit in eine Qualifizierung oder Beschäftigung begleiten, unterstützen.

Fortbildung und Aufstiegstipendien

Neben diesen Initiativen zur Ausbildungsförderung enthält die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung eine Reihe weiterer bildungspolitischer Vorhaben der Koalition. Dazu gehören unter anderem ein Fortbildungsprojekt für Erzieherinnen und Erzieher, Aufstiegstipendien für Absolventinnen und Absolventen einer dualen Ausbildung, die ein Hochschulstudium anschließen wollen sowie ein Professorinnenprogramm zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft.

Bund und Länder müssen zusammenarbeiten

Insgesamt wird mit der Qualifizierungsinitiative ein Prozess angestoßen, in dessen Verlauf weitere Schritte folgen sollen. Dabei wird die Bundesregierung auch das Gespräch mit den Ländern suchen, in deren verfassungsrechtliche Zuständigkeit

viele der drängenden bildungspolitischen Herausforderungen fallen. In wichtigen Handlungsfeldern - wie bei der Reduzierung der Schulabbruchzahlen oder der Verbesserung der Durchlässigkeit im Bildungssystem - wird es darauf ankommen, gemeinsam mit den Ländern zu klaren Vereinbarungen zu kommen und noch in dieser Legislaturperiode mit ersten Umsetzungsschritten zu beginnen. Bis Herbst 2008 soll die Initiative der Bundesregierung daher mit entsprechenden Maßnahmen der Länder zu einer „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ zusammengeführt werden.

Weiterbildung wird Schwerpunktthema

Für die SPD-Bundestagsfraktion wird die Stärkung der Weiterbildung einen wichtigen bildungspolitischen Schwerpunkt in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode darstellen. In einem ersten Schritt muss nun zügig das in der Koalition vereinbarte Paket aus Weiterbildungsprämie, Weiterbildungssparen und Weiterbildungsdarlehen umgesetzt werden. Hier steht das Bundesbildungsministerium in der Pflicht, endlich die erforderlichen Initiativen auf den Weg zu bringen. Außerdem setzt

sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine Reform des Meister-BAföG noch in diesem Jahr ein. Mit der von uns durchgesetzten BAföG-Anhebung haben wir eine 10-prozentige Erhöhung, auch des Meister-BAföG, bereits im Bundestag beschlossen. Nun wollen wir die Leistungen weiter verbessern und die förderfähigen Berufsgruppen erweitern. Mittelfristig bleibt es unser Ziel, die Weiterbildung Schritt für Schritt zur vierten Säule des Bildungssystems auszubauen.

Änderung des Gentechnikrechts

Am 25. Januar hat der Bundestag das Vierte Gesetz zur Änderung des Gentechnikgesetzes sowie das Erste Gesetz zur Änderung des EG-Gentechnik-Durchführungsgesetzes beschlossen.

Die Verhandlungen innerhalb der Bundesregierung und zwischen den Koalitionsfraktionen haben sich mehr als ein Jahr hingezogen und können mit der Verabschiedung jetzt zum Abschluss gebracht werden. Die Kernelemente der neuen Regelungen sind:

Haftungsrecht

Bei der Haftung bleibt es beim bisherigen verschuldensunabhängigen und gesamtschuldnerischen Haftungsrecht: Wer in seinen geernteten Pflanzen Verunreinigungen oberhalb der gesetzlich festgelegten Kennzeichnungsschwellen findet und daher seine Produkte nicht wie gewünscht vermarkten kann, hat Anspruch auf einen finanziellen Ausgleich.

Null-Toleranz bei Auskreuzungen

Wenn bei Freisetzungsversuchen, dem Ausbringen eines gentechnisch veränderten Organismus (GVO) in die Umwelt, Auskreuzungen (Übertragung von Genen) stattfinden, gilt nach EU-Recht eine Null-Toleranz: Da solche Pflanzen noch nicht zugelassen sind, dürfen Auskreuzungsprodukte nicht vermarktet werden und insbesondere nicht in die Lebens- und Futtermittelkette gelangen.

Das öffentliche Standortregister bleibt erhalten: Jeder kann im Inter-

net einsehen, ob und ggf. welche gentechnisch veränderten Pflanzen in seiner Nachbarschaft angebaut werden. Bei einem berechtigten Interesse (z. B. Imker, die einen Standort für ihre Bienenvölker suchen) können auch weitere Informationen erteilt werden.

Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen verhindern

Es werden strenge Vorgaben zur guten fachlichen Praxis beim Anbau und im Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen erlassen: Mit Mindestabständen von benachbarten Flächen, Vorschriften zur Reinigung von Erntemaschinen u. ä. soll eine Verbreitung von GVO in der Umwelt verhindert und die Koexistenz von gentechnisch veränderten Pflanzen mit konventionellem Anbau bzw. ökologischem Anbau gesichert werden.

Der vorgegebene Abstand muss nicht eingehalten werden, wenn die Nachbarn darüber eine Vereinbarung treffen. Sie muss schriftlich und damit nachprüfbar sein und sie darf die Rechte Dritter und der Umwelt nicht tangieren. Es wird ein entsprechender Eintrag im Standortregister vorgenommen.

Neue Kennzeichnungsregelung

Besonders wichtig war für die SPD-Fraktion die neue Kennzeichnungsregelung für Produkte „ohne Gentechnik“: Die Regelung erlaubt die freiwillige Kennzeichnung von Lebensmitteln „ohne Gentechnik“ nur, wenn folgende Bedingungen eingehalten werden: Die Lebensmitteln

dürfen weder GVO enthalten noch aus oder durch GVO hergestellt werden. Auch Verunreinigungen mit (zugelassenen) GVO sind nicht erlaubt bzw. dürfen die Nachweisgrenze von 0,1 Prozent nicht überschreiten. Außerdem dürfen den Lebensmitteln grundsätzlich keine Zusatzstoffe bzw. Enzyme zugesetzt werden, die mit Hilfe gentechnischer Verfahren gewonnen wurden. Außerdem gilt für tierische Produkte (Milch, Eier, Fleisch) zusätzlich: Die Tiere dürfen nicht mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert werden. Der Landwirt kann sich hier aber auf die EU-Kennzeichnung verlassen und braucht keine weiteren Bedingungen einzuhalten. Eine Verunreinigung mit GVO von bis zu 0,9 Prozent und der Zusatz von Enzymen, Zusatzstoffen und Vitaminen, die mit Hilfe von GVO gewonnen wurden, ist deshalb, allein bei den Futtermitteln selbst, zugelassen. Auch beim Einsatz von Tierarzneimitteln ist es unerheblich, wie diese hergestellt wurden.

Mehr Transparenz und Sicherheit

Die neuen Regelungen sollen mehr Transparenz für die Verbraucher schaffen. Sie sind rechtssicher und praxisnah ausgestaltet, so dass sie von den Unternehmen auch angewandt werden können. Die bisher geltenden Regelungen waren dies nicht, so dass in Deutschland bisher kaum Produkte „ohne Gentechnik“ angeboten wurden und der Markt für gentechnikfreie Futtermittel mangels wirtschaftlicher Verwertung bisher praktisch nicht existiert.

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Seit 2003 sind in unserer Portraitreihe folgende Personen erschienen: **Kurt Beck, Klaus-Uwe Benneter, Edelgard Bulmahn, Wolfgang Clement, Elke Ferner, Sigmar Gabriel, Susanne Kastner, Walter Kolbow, Hannelore Kraft, Nicolette Kressl, Michael Müller, Franz Müntefering, Joachim Poß, Renate Schmidt,**

Ulla Schmidt, Martin Schulz, Angelica Schwall-Düren, Gesine Schwan, Peer Steinbrück, Rolf Stöckel, Manfred Stolpe, Frank-Walter Steinmeier, Peter Struck, Wolfgang Thierse, Günter Verheugen, Hans-Jochen Vogel, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Hans-Jürgen Wischniewski.

Vorgestellt: Erhard Eppler Bundesminister a.D.

Biografie

Geboren am 9. Dezember 1926 in Ulm.



Beruflicher Werdegang

Von 1943 bis 1945 als Soldat Teilnahme am Zweiten Weltkrieg. 1946 Abitur, anschließend Lehramtsstudium

für Englisch, Deutsch und Geschichte. 1951 Promotion zum Dr. phil.. Anschließend bis 1961 als Lehrer tätig.

Politischer Werdegang

Seit 1956 Mitglied der SPD

1961 bis 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages

1968 bis 1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

1970 bis 1991 Mitglied des Bundesvorstandes

1973 bis 1989 Präsidiumsmitglied (ausgenommen 1982–1984)

1973 bis 1992 Vorsitzender der Grundwertekommission

1973 bis 1981 Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg.

1976 bis 1982 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, bis 1980 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

10 persönliche Fragen an Erhard Eppler

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Gustav Heinemann, Willy Brandt und Fritz Erler.

2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Benedikt XVI. (mit viel Zeit)

3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Südschwarzwald

4. Ihre Leidenschaften?

Gärtnerei

5. Ihr politisches Leitmotiv?

Nicht einschüchtern lassen.

6. Ihre Lieblingsfilme?

Pantomimen

7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Liebessänger?

Bach. Liebessänger habe ich keine.

8. Wen oder was nehmen Sie auf eine einsame Insel mit?

Das Enkelkind, das mit will; Tocqueville (französisch)

9. Ihre Lieblingsbücher?

Tocqueville. Dazu Gottfried Keller und Zürcher Novellen

10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Über mich.

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2008

Sitzungswochen sind die 3., 4., 7., 8., 10., 11., 15., 17., 19., 22., 23., 25., 26., 38., 39., 42., 46., 48., 49. und 51. Woche. In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Wahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonius“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Ausschussmitgliedschaften im Deutschen Bundestag

Martin Dörmann ist ordentliches Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und **stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**. Zugleich ist er stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und Mitglied im **Unterausschuss „Neue Medien“**. Daneben ist er als einer der Vertreter des Bundestages Mitglied im **Beirat der Bundesnetzagentur** (Regulierungsbehörde).

SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist Mitglied im **Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** und im **Vorstand der NRW-Landesgruppe**. Er ist Mitglied der **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie**, dort stellv. Sprecher und Berichterstatter der SPD für Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Freie Berufe. Zudem ist er Mitglied der **Arbeitsgruppe „Energie“** und der **Arbeitsgruppe „Neue Medien“**.

Nähere Informationen zu Martin Dörmann enthält seine **Homepage www.martin-doermann.de**

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Dorotheenstraße 101, Raum 4.650

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327

51143 Köln (Porz)

Telefon: 02203 / 52144

Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212

51103 Köln (Kalk)

Telefon: 0221 / 8704302

Mitarbeiter: Ralf Steinmeier

(Webmaster Homepage)

eMail:

newsmail@netcologne.de

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b

50672 Köln (Innenstadt)

Tel. 0221 / 16919577

Fax 0221 / 925981-50

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

eMail: [koelner-spd-](mailto:koelner-spd-mdb@netcologne.de)

mdb@netcologne.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe: Martin Dörmann (verantwortlich), Sabine Schmidt

Bildnachweis: Deutscher Bundestag, SPD-Parteivorstand, Tim Cremer (Seiten 4-6)

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage:

www.martin-doermann.de.

